Zeitschrift: Illustrierte schweizerische Handwerker-Zeitung : unabhängiges Geschäftsblatt der gesamten Meisterschaft aller Handwerke und Gewerbe

Herausgeber: Meisterschaft aller Handwerke und Gewerbe

Band: 42 (1926)

Heft: 29

Artikel: Internationaler Wohnungs- und Städtebaukongress in Wien

Autor: Wild, Doris

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-581874

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 22.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

der Grundrißaufteilung oder in der äußeren Gestaltung führten in der Folge noch zu einer weiteren Ausscheidung, sodaß schließlich in engster Wahl 12 Projekte verblieben, von denen sechs in Rangordnung kamen. Die ausgestellten Pläne und Projekte machen in ihrer Gesamtheit im allgemeinen keinen üblen Eindruck. Auch unter den nichtprämierten finden sich gute Lösungen, besonders in architektonischer Hinsicht, dagegen etwas weniger in der Forderung nach der Zweckbestimmung. Die Bauaufgabe, zwei verschiedenen Zwecken dienende Schulkörper, Schulhaus und Turnhalle als harmonisches Ganzes zu vereinigen, ist durch eine Halle als Zwischenglied der beiden Gebäude vielfach, in der Auffassung wenigstens, meist gut gelöst worden. Erfreulich ist, wie es auch das Bauprogramm wünschte, die häufig anzutreffende, schlichte, einfache, einem Schulhaus entsprechende Fassadenlösung. Eine wichtige, nicht immer gelungene Aufgabe war auch die zweckmäßige Aufteilung des großen zur Verfügung stehenden Grundstückes in einen Spiel- und Turnplatz. Auf dem Schulhausplatze schien dem Preisgericht die Ost-Südostlage für die Beleuchtung der Schulzimmer gegebener als die dem Wetter mehr ausgesetzte Süd-Südwestfront, immerhin nicht mit der Auffassung, ein sonst gutes Projekt mit Süd-Südwestorientierung auszuschließen. Vor allem zeigen die Projekte zum großen Teil das Bestreben nach genügend Luft, Licht und Sonne.

Das an erster Stelle prämierte Projekt „Volkslied" (2200 Fr., Architekt Wilhelm Brodtbeck, Liestal), das vom Preisgericht einstimmig der Gemeinde zur Ausführung empfohlen wird, zeichnet sich sowohl für Schulhaus wie Turhalle vor allem aus durch klare Aufteilung und zweckentsprechende Anordnung in Lage und Größenbemessungen. Die vorgesehene Winkelstellung der beiden Gebäude ergibt, wie der Bericht erwähnt, an der Südostecke die richtige Lage für die gemeinsame Vorhalle und der Eingänge zu Schulhaus und Turnhalle. Das Aeußere der zweigeschossigen Anlage wirkt durch seine angenehme Schlichtheit und Sachlichkeit sympathisch. Die Aufteilung des Grundstückes in einen südlichen Spiel- und westlichen Turnplatz ist eine recht zweckmäßige.

Als Baukosten sehen die Projekte einen Betrag von zirka 450,000 Fr. und darüber vor. Dazu kommen noch der Bauplatz, Einfriedigung, Möblierung usw. — Mögen sich aber Behörden, Kommissionen und Bevölkerung bei ihren Entschlüssen über den Schulhausneubau nicht in erster Linie von finanziellen Erwägungen beeinflussen lassen, sondern möge über dem Werden des neuen schönen Werks als oberster Leitsatz stehen, daß für die Jugend nur das Beste gut genug ist.

Bauwesen in Rorschacherberg

(Korrespondenz.)

Der Ankauf einer Liegenschaft für ein neues Gemeindehaus wurde von der Bürgerversammlung Sonntag den 26. September mit 118 Ja gegen 113 Nein beschlossen. Schon wiederholt trat die Notwendigkeit an die Gemeinde heran, am alten Gemeindehaus, das seinerzeit aus einem alten Privathaus diesen Zwecken dienstbar gemacht wurde, bedeutende Verbesserungen und Umbauten vorzunehmen. Obschon vor etlichen Jahren Erweiterungen vorgenommen wurden, genügen die Räume auf die Dauer noch nicht. Das Bureau der Gemeindekanzlei sollte wegen Einführung des Grundbuches zweckmäßig eingerichtet und erweitert werden. Und auch in den andern Bureaus sind die hygienischen und räumlichen Verhältnisse durchaus unzulänglich und einer Gemeinde unwürdig. Auch dort wird mit voller Begründung verschiedenen Verbesserungen gerufen. Selbstverständlich könnte diesen unaufschiebbaren Bedürfnissen nur mit großen Kosten begegnet werden. Der Gemeinderat rechnet mit mehreren tausend Franken, namentlich dann, wenn noch feuersichere Anlagen zur Aufbewahrung von Büchern, Plänen usw. eingerichtet werden wollten, was dringend wünschbar ist. Letzten Endes wären die Räume aber dann noch unpraktisch und ungenügend. Als empfindlicher Mangel wurde bisher auch das Fehlen eines Sitzungslokales empfunden.

Dem Gemeinderat wurde als günstige Gelegenheit das benachbarte Haus zur „Säge" angeboten, in dem sich nach menschlicher Voraussicht auf Jahrzehnte hinaus genügende und praktische Bureaus einrichten lassen. Im Erdgeschoß lassen sich aus einer Wirtschaft drei große, hygienisch einwandfreie Bureaus einrichten. In einem gegen Süden vorspringenden Anbau befinden sich zwei weitere Zimmer, von denen das eine für Sitzungen, das andere als Magazin verwendet werden kann. Ein weiterer Raum eignet sich gut als Wartezimmer. In den Kellerräumen ist genügend Platz vorhanden zur Einrichtung eines zweckentsprechenden, feuersicheren Archivs.

Der Kaufpreis ist Fr. 45,000.—. Das Haus ist für Fr. 45,000.— brandversichert. Es enthält außer den Räumen im Erdgeschoß noch drei Wohnungen, von denen die oberste als Abwartswohnung zu verwenden wäre.

Für Umbauten, äußere und innere Instandstellung, Einfriedungs- und Umgebungsarbeiten, ferner für Einrichtungsarbeiten, rechnet der Gemeinderat mit einem Kostenvoranschlag von Fr. 8000.—. Damit kommt das Haus auf Fr. 53,000.—. Da die Mietwohnungen eine Summe von Fr. 28,000.— verzinsen und das alte Gemeindehaus für Fr. 21,500.— einen Käufer findet, bleibt für die Gemeinde noch eine Mehrbelastung von 3500 Fr.

Wenn die Gemeinde den Vertrag nicht genehmigt hätte, wären in diesem und im folgenden Jahre am alten Gemeindehaus, das ein feuergefährlicher Bau ist, mindestens für diesen Betrag Aufwendungen nötig geworden. Die von der Bürgerversammlung genehmigten Anträge lauten:

1. Der mit der Sparkasse der Administration abgeschlossene Kaufvertrag über die Liegenschaft zur Säge, mit einem Kaufpreis von Fr. 45,000.— wird genehmigt und dem Gemeinderat für die Renovation und die Einrichtung der Bureaus der erforderliche Kredit von 8000 Franken bewilligt.

2. Dem mit Herrn Scheidegger in Lachen (Kanton Schwyz) abgeschlossenen Kaufvertrag über das bisherige Gemeindehaus, mit einem Kaufpreis von Fr. 21,500.—, wird zugestimmt.

Damit erhält die Gemeinde Rorschacherberg zu außerordentlich günstigen Bedingungen ein Gemeindehaus, das auf Jahrzehnte hinaus den Bedürfnissen genügen wird.

Internationaler Wohnungs- und Städtebaukongreß in Wien.

In der „N. Z. Z." berichtet Doris Wild über diesen interessanten Kongreß folgendes: Das organische Wachstum der Städte konnte sich während der Kriegszeit nirgends in dem nötigen Ausmaß entfalten. Wohnungsverschiebungen vom Land in die Stadt und neue Familiengründungen verdichteten die Wohnungsnot zu einem Problem. Wenig überraschend ist deshalb, wenn die zur Diskussion städtebaulicher Fragen veranstalteten Tagungen immer größeres Interesse finden. Der vom 14.—19. September in Wien tagende internationale Kongreß der Wohnungsreformer und Städtebauer gestaltete sich bei über elfhundert Teilnehmern höchst lebendig. Eine

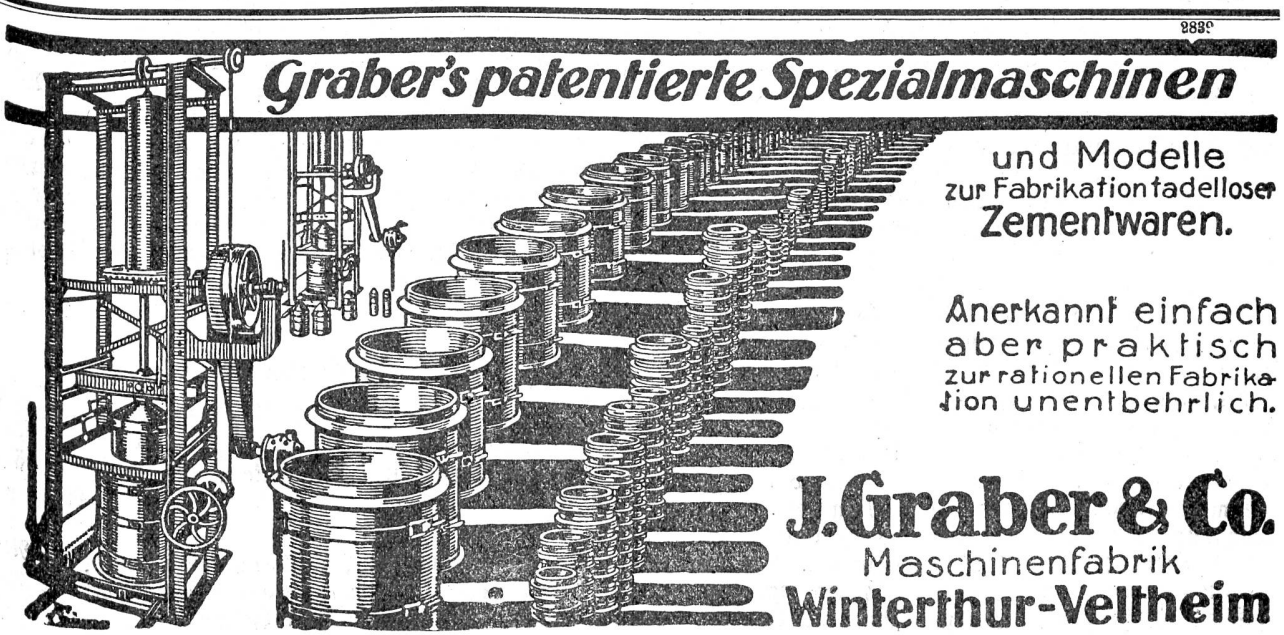
Fülle Anregungen und Erfahrungsaustausch aus allen Ländern wurde von einer reichhaltigen Ausstellung im Künstlerhaus unterstützt, die Landesplanungen, Stadterweiterungen und Bauten der europäischen Länder, Amerikas und Japans zeigte. Weiter bot eine ganztägige Autofahrt durch Wien Gelegenheit zu praktischen Studien.

Glückliche Stadtgründungen und Stadterweiterungen sind meistens der Willensakt einer Zentralgewalt. Unerläßlich ist, daß die jetzt notwendige Bautätigkeit der Städte zielbewußt und planvoll vor sich gehe und behördlich überwacht, wenn nicht sogar behördlich unternommen und geleitet werde. Die Forderung hygienischer Wohnungen, besonders für die untern Schichten der Bevölkerung macht die Baufragen vielfach zu einer Angelegenheit der Volkswohlfahrt, die ein gesunder Staat als Verpflichtung übernimmt. So stellen sich die Probleme: 1. Stadterweiterungen zur Schaffung gesunder Kleinwohnungen für die untern Bevölkerungsschichten. 2. Stadterweiterungen für die Auswirkungen der privaten Bautätigkeit. 3. Eventuelle Umorganisierung der bis jetzt bestehenden Teile nach den modernen Forderungen des Verkehrs und des hygienischen Wohnens, der Forderung nach Licht und Luft.

Stadterweiterungen für Kleinwohnungen fallen heute meist der öffentlichen Bautätigkeit zu. Es ist ein soziales Problem von größter Tragweite, dem Volke gesunde Wohnbedingungen zu schaffen. Kleinwohnungen können in Hochhäusern oder niedrigen Siedlungen mit Gärten angelegt werden, welch letztere in den Erstellungskosten an sich zwar nicht teurer, aber mehr Grundfläche, Einteilung des Geländes und Verkehrsanlagen erfordern. Immerhin fand trotz diesen Mehrleistungen die Siedlung gegenüber der großen Wohnkaserne bei weitem den Vorzug. Die Gartenstadt als Wohnort, das war die Losung der Städtebauer und Wohnungsreformer. Wie aber kann sich eine Gemeinde das Land verschaffen, das für solche Siedlungen erforderlich ist? Die verschiedensten Gesetze und Gesetzesvorschläge aus all den daran interessierten Staaten wurden entwickelt, die meist wenig einheitlich und in der Anwendung höchst kompliziert sind. Die Gemeinde braucht Land an der Peripherie der Stadt, das sie von den bisherigen Grundbesitzern käuflich erwerben will, und, wo solches nicht freiwillig abgetreten wird, muß es enteignet werden. Doch die Gesetzesgrundlagen für Expropriationen beziehen sich meist nur auf Bahnbauten und ähnliche verkehrstechnische Institutionen. Für eine reibungslose Landenteignung zwecks Stadterweiterungen sollten die Gesetze in den meisten Staaten erst neu geschaffen werden. — Um diese Fragen gruppiert sich ein ganzer Komplex von Bedenklichkeiten. Der Boden, früher Allgemeingut und erst durch Feudalrecht usw. der Oeffentlichkeit entzogen, soll jetzt nach Möglichkeit wieder sozialisiert werden. In weitestgehendem Maße soll er zur Verfügung der Allgemeinheit sein, somit dem Privatbesitz und auch dem Bodenwucher entzogen werden. Ist der Grundbesitz in öffentlicher Hand, so ist eine rationelle Einteilung nach den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten und eine lose Ueberbauung der Gebiete mit niedrigen Siedlungen die schönste Lösung. Dieser Komplex ist in eine möglichst direkte Verbindung mit dem Merkantil- und Industriezentrum zu bringen.

Der öffentlichen, der sozialen Bautätigkeit gegenüber steht die private, die durch Baugesetze in gewissen Grenzen und Normen gehalten wird. In der Schweiz spielt sie eine fast größere Rolle wie die öffentliche, spielt in individuellen Leistungen, lebendig, vielseitig. — Am Kongreß prallten die beiden Strömungen, die wir im politischen Leben Links- und Rechtspartei nennen, mit ziemlicher Heftigkeit aufeinander. Die große Linkspartei vertritt z. B. die Gemeinde Wien, in deren Gebiet hauptsächlich die öffentliche Bautätigkeit für das Industrieproletariat gepflegt wird. In fast systematischer Weise untergräbt sie den privaten Grundbesitz durch hohe Steuern. Die Hausbesitzer werden derart belastet, daß sie ihren Besitz zuletzt loswerden müssen, wenn nicht anders, so letzten Endes durch Schenkung oder Abtretung an die Gemeinde. Mit viel Temperament sprach Herr Peus aus Dessau für die Rechtspartei, für die private Bautätigkeit. Der Entwicklung des Individuums sind die privaten Leistungen entschieden förderlich, und eröffnen den künstlerischen Bestrebungen ein weites Feld, während die öffentliche Bautätigkeit leicht eine künstlerische Stagnation zur Folge haben könnte. — So greift die äußere Spaltung der Parteien als tiefer Dualismus in das ganze Leben ein, durchflutet es in gegensätzlichen Richtungen, gemeinschaftsbildend oder gemeinschaftslösend, sozial oder individuell.

Die Umorganisierung schon bestehender Stadtteile bedeutet eines der schwierigsten Probleme des Städtebauers, besonders schwierig, wo es sich um wertvolle Altstädte handelt, deren künstlerische Gestaltung möglichst geschont werden muß. Das Ideal einer neuen Stadt ist die Scheidung in ein merkantiles Zentrum, in Industriestadt und Gartenstadt, mit rationell verteilten Grünzonen



dazwischen, bei einem innerhalb der einzelnen Zonen möglichst günstigen Höhenmaß der Bauten und mit angenehmen Straßenläufen. Bis zu einem gewissen Grade sondern sich in jeder Stadt fast automatisch diese Gruppen. Nur die Altstadt mit ihren zu erhaltenden Gebäuden ist den modernen Ansprüchen eine gewaltige Hemmung. Leben ist primär, Vergangenheit sekundär. Größere Ansprüche hat das Leben, die es geltend machen darf und soll. Aber künstlerisch Wertvolles, Einzigartiges muß ein Staat als etwas Lebendiges schützen, wenn es auch mit praktischen Zwecken nicht mehr verbindbar ist. Diese sich gegenüber stehenden Forderungen zwingen in der Altstadt meist zu Kompromissen, die umgangen werden sollten. So wird in einem durch Mussolini veranlaßten Stadterweiterungsplan von Rom das Zentrum der Stadt verlegt, um das einzig große antike bis barocke Rom weiteren Zerstörungen zu entziehen. Eine neue Verkehrsader soll das Leben Roms an einer bisherigen Zentralstelle auffangen und in andere Richtung umbiegen. Ein interessanter Ideenplan von Groß-Wien war in der Ausstellung im Wiener Künstlerhaus zu sehen: Architekt Raschka verlegt das bisherige Zentrum Wiens zur Schonung der Altstadt weiter östlich und komponiert eine großzügig durchdachte Großstadt. Interessant, doch ein theoretisches Gedankenspiel, denn an eine praktische Weiterentwicklung Wiens ist wohl kaum zu denken. Die vom Kongreß veranstaltete Rundfahrt bot manchen bedrückenden und peinlichen Einblick.

Als zentrale Anlage ist das heutige Wien imponierend. Eine breite Ringstraße umschlingt die Altstadt mit deren Mittelpunkt, dem Stephansdom. An der Ringstraße stehen die öffentlichen Gebäude, architektonisch heterogene Elemente, die durch das Grün der Bäume von Alleen und öffentlichen Gärten in schöner Weise verbunden werden. Vom Ring aus laufen radiale Strahlen ins Land, weiter draußen durch die Gürtellinie konzentrisch zur Ringstraße zusammengefaßt. Um die Wohnungsnot zu lindern, errichtet die sozialdemokratische Gemeinde Wien aus den Mitteln der sogenannten Wohnbausteuer in den äußeren Stadtbezirken ungeheure Kolosse von Miethäusern und an der Stadtperipherie einzelne Gartensiedelungen. Wer die bisherigen Arbeiterwohnungen Wiens kennt, weiß, was für einen ungeheuren Fortschritt diese Gemeindebauten für das Volk bedeuten, sind doch die bisherigen Verhältnisse schlechtweg eine Kulturschande. Eine elende Küche und Kammer, übel disponiert, jedes häufig ohne direktes Licht, das ist die gewöhnliche Arbeiterwohnung. Das Wasser muß aus dem Treppenhaus von der einzigen dort befindlichen Leitung in die verschiedenen Wohnungen geholt werden. Im Stiegenhaus befindet sich auch die von allen Stockwerksbewohnern benutzte Toillette. Auf einem wenigstens einigermaßen durchdachten Grundriß sind die großen Neubauten erstellt, und in jeder Kleinwohnung findet man die Wasserleitung und eine eigene Toilette. Die Küche ist als Wohnküche parkettiert wie das zugehörige Zimmer. Dem ganzen Komplex gemeinsam sind meist eine Waschküchenanlage, Badgelegenheit, Spielplätze, in einem Hof ein Plantschbecken für Kinder, Kindergarten usw. Sogar ein Einküchenhaus besteht, das von zentraler Küchenanlage, teils die Mieter in den Wohnungen versorgt, teils in einem Speisesaal versammlt. — Verglichen mit den Wiener Verhältnissen bedeuten diese Wohnungsanlagen, wie gesagt, einen entschiedenen Fortschritt, verglichen aber mit unsern Ansichten vom Wohnen können sie nicht genug kritisiert werden. Man bedenke: 25,000 Wohnungen in solchen Riesenkasernen untergebracht, in einem Komplex allein 1087 Wohnungen! Die wenigen und schlecht angelegten Siedelungen fallen gegenüber einer solchen katastrophalen Leistung kaum ins Gewicht. Die Folgen eines solchen Zusammenpferchens und der Auflösung der Familie durch möglichste Zentralisierung des Wirtschaftsbetriebes sind nicht abzuschätzen. Ganz abgesehen davon, daß die Bauten technisch sehr anfechtbar sind und bis in 15 bis 20 Jahren Riesensummen für Reparaturen und Unterhalt verschlingen werden. Die Baupolitik der Gemeinde Wien in den letzten Jahren bildet ein aufschlußreiches Kapitel für sich, das tief und peinlich in die Organisation dieses Staates blicken läßt.

Die Schweiz war an der Ausstellung wie auch am Kongreß selbst vorzüglich vertreten. Prof. Bernoulli (Basel) hatte die prägnante Einleitung des Katalogs zur Städtebauausstellung verfaßt und sprach verschiedentlich während den Sitzungen. — Im ganzen war die Tagung so vielseitig wie nur möglich. Die Engländer vertraten ihre schöne Gartenstadt und gaben dem Kongreß als Hauptveranstalter eine angenehme Form, die die Deutschen leider gelegentlich außer Acht ließen. Eine Reihe interessanter Publikationen begleitete die Tagung, die Ausstellung über Städtebau ein ausführlicher Katalog.

Holz-Marktberichte.

Ueber die Lage des Holzmarktes berichten die „Glarner Nachrichten": Es ist schon wiederholt in Amtsberichten darauf hingewiesen worden, daß der Wald für die meisten Gemeinden eine Haupteinnahme bilde. In der heutigen Zeit der gewaltigen Ausgaben aller öffentlichen Kassen werden Reduktionen der Waldeinnahmen doppelt schwer empfunden, und es ist nicht verwunderlich, wenn der Ruf nach andern Einnahmequellen ertönt. Auf dem Gebiete des Holzhandels, im besondern des Nutzholzhandels kann von einer tatsächlichen Krisis gesprochen werden. Nachdem nun die Einfuhrschranken gefallen, wären doch die Holzzölle derart zu regeln, daß eine Konkurrenz unseres einheimischen Holzes mit demjenigen der Nachbarstaaten möglich wäre. Aus dem Gebiet des Brennholzmarktes kann ebenfalls nichts Erfreuliches berichtet werden. Buchen-Scheiterholz hat allerdings immer noch annehmbare Preise, dagegen steht es mit dem Absatz von Nadel-Brennholz sehr bedenklich, und die daherigen Preise stehen auf ungefähr Fr. 36.— bis Fr. 40.— per Klafter; für ein größeres Quantum in Elm wird dieser Preis nicht erhältlich sein. Für Papierholz herrschte zu Anfang der Verkaufskampagne rege Nachfrage, und es konnten Lieferungen in größeren Quantitäten zu zirka Fr. 20.— bis Fr. 21.— per Ster verladen Eisenbahnwagen ausgeführt werden. Infolge starker Zufuhr aus den Windwurfgegenden und aus dem Ausland hat die Nachfrage nach Papierholz im Frühjahr 1926 ebenfalls nachgelassen. Der Holzmarkt wird für die nächste Kampagne kaum wesentlich besser sich gestalten, als dies über den Winter 1925/26 der Fall war, wenn es nicht gelingt, der Forstwirtschaft hinsichtlich der Zölle ganz besondern Schutz zu gewähren.

Totentafel.

† **Schreinermeister Arnold Hiestand-Honegger** in **Zürich** starb am 6. Oktober im Alter von 78 Jahren.

† **Kaminfeger- und Dachdeckermeister Arnold Schärli-Vogt in Zürich 1** starb am 5. Oktober im Alter von 52 Jahren.

† **Schmiedmeister Joh. Krauer-Pfenninger in Neubruch-Wetzikon** (Zürich) starb am 7. Oktober an einer Operation im Alter von 54 Jahren.